

Platz abbeck

Nr. 7, 17. Dezember 2013

DIE LINKE.

FRAKTION IM RAT DER STADT KÖLN

DIE LINKE. Fraktion im Rat der Stadt Köln

V.i.S.d.P. DIE LINKE., Haus Neuerburg, Gülichplatz 3, 50667 Köln,
Tel. 221-278 40, Fax 221-278 41, E-Mail: DieLinke@stadt-koeln.de,
www.linksfraktion-koeln.de

Für günstige Wohnungen Investoren verpflichten!

Köln fehlen günstige Mietwohnungen. Gebaut werden vor allem Eigentumswohnungen und Mietwohnungen im hohen Preisniveau. Die Miete pro Quadratmeter lag bei Neubauten in 2010 schon bei 9,00 Euro und hat in 2013 9,85 Euro erreicht. Günstige Wohnungen werden dagegen kaum gebaut. Sozialer Wohnungsbau fand fast gar nicht statt. In 2012 wurden 210 Wohnungen in sozialem Wohnungsbau geschaffen. Der Anteil an Wohnungen mit Sozialbindung sinkt dadurch seit Jahren. In 2013 liegt er bei nur noch 7,5 % – obgleich beinahe 50 % der Kölner Haushalte Anspruch auf eine solche Wohnung hätten.

Eine Antwort auf dieses Versagen der Wohnungswirtschaft ist das „Kooperative Baulandmodell“. Beantragt ein Investor eine Baugenehmigung, dann wird ihm zur Auflage gemacht einen gewissen Prozentsatz der zu bauenden Wohnungen im sozialen Wohnungsbau zu schaffen. Die Stadtverwaltung schlug sehr zurückhaltende Quoten vor.

DIE LINKE ist der Ansicht, dass höhere Quoten notwendig und auch rechtlich durchsetzbar sind. Der Anteil des geförderten Wohnungsbaus soll im Durchschnitt mindestens 40 % erreichen. Für Viertel, in denen derzeit wenig oder beinahe kein sozialer Wohnungsbau existiert (Lindenthal, Rodenkirchen, Innenstadt), soll die Quote zunächst auf 100 % festgesetzt werden. So kann auch in den Vierteln eine soziale Durchmischung erreicht werden, denen sie bislang fehlt.

Das Baulandmodell gilt eigentlich nicht für städtische Bauvorhaben. Die Stadt (bzw. die stadteigene GAG) baut allerdings schon seit Jahren immer einen Anteil im geförderten Wohnungsbau. Den Vorschlag der Verwaltung, das Baulandmodell auch für städtische Bauvorhaben anzuwenden, halten wir daher für einen Irrweg. Die Stadt hat jede Freiheit auch höhere Quoten anzusetzen und sollte sich diese Möglichkeit erhalten.

In der Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses am 12.12. hat ein Bündnis aus

Fortsetzung Seite 2

Ausreichend Schulplätze für Flüchtlingskinder

In Köln warten die Kinder von Flüchtlingen und bulgarischen oder rumänischen Wanderarbeitern manchmal monatelang auf einen Schulplatz. Dabei gilt für sie – wie für alle anderen Kinder – vom ersten Tag ihrer Meldung in Köln an die Schulpflicht. Deshalb haben viele Initiativen und Vereine aus dem Spektrum Flüchtlingspolitik oder Migration zusammen mit den Wohlfahrtsverbänden die Initiative „Schulplätze für Alle“ gegründet.

Auf einer Pressekonferenz schilderten sie den Fall der zehnjährigen Nora. Das Kind bulgarischer Wanderarbeiter erlebte eine sechsmonatige Odyssee. Zahlreiche Schulen, an die die Eltern sich direkt gewandt hatten, lehnten das Mädchen ab. Schließlich wies endlich das Schulamt eine Schule zu. Der Geschäftsführer des Kölner Flüchtlingsrates bezeichnete die Situation als „amtliche Verweigerung von Schulplätzen“ (zit. nach KStA vom 21.11.2013).

Kinder und Jugendliche, die in Flüchtlingswohnheimen leben, befinden sich in ei-

ner permanenten Ausnahmesituation. Sie mussten ihr vertrautes Umfeld verlassen, haben oft traumatische Erlebnisse hinter sich und leben nun auf beengtem Raum. Die Zukunft ihrer Familie ist ungewiss. Der Besuch einer Schule ist lebenswichtig für sie.

In der Schule erhalten sie nicht nur Bildung und damit Zukunftschancen. Sie lernen auch die deutsche Sprache. Der Kontakt zu Gleichaltrigen außerhalb der Flüchtlingsunterkunft schafft Normalität. Das hilft ihnen, sich in der neuen Lebenssituation zurechtzufinden. Deshalb müssen sie schnell und wohnortnah beschult werden.

Doch wenn mehr Flüchtlinge kommen, was wahrscheinlich ist, wird der herrschende Schulplatzmangel noch verschärft – das ergab eine Anfrage der LINKEN im Schulausschuss. Zur Ratssitzung im Dezember hat die Fraktion DIE LINKE einen Antrag eingebracht, der Menge und Qualität der Schulplätze erhöhen und die Zuweisung unterstützen soll.

In einigen Stadtvierteln werden schon jetzt Plätze in Seiteneinsteigerklassen knapp.



Der Fraktionsvorsitzende Jörg Detjen und der Kölner Bundestagsabgeordnete Matthias W. Birkwald demonstrieren am 12. November auf dem alternativen Martinszug zum Rathaus für eine menschenwürdige Behandlung der Flüchtlinge.



www.facebook.com/Linksfraktion.Koeln +++ www.linksfraktion-koeln.de

Fortsetzung v. S. 1: Wohnungen ...

CDU, SPD und Grünen jedoch eine weitere Aufweichung des Verwaltungsvorschlages beschlossen. Die Quote wurde gesenkt und kann nun auch mit gefördertem Wohneigentum erfüllt werden. Die Übergangsfrist bis zum Inkrafttreten des Kooperativen Baulandmodells wurde verlängert und Bauprojekte unter 25 Wohneinheiten vom Baulandmodell ausgenommen. Das Baulandmodell wird durch diesen Änderungsbeschluss also erst später in Kraft treten, es gilt für weniger Bauprojekte und verpflichtet zu weniger günstigen Wohnungen. Es ist davon auszugehen, dass das Dreierbündnis diese aufgeweichte Fassung auch im Rat verabschiedet wird.

Michael Weisenstein

Fortsetzung v. S. 1: Flüchtlingskinder ...

Deshalb möchte die Linksfraktion, dass Schulen, die Seiteneinsteigerklassen bilden, schneller saniert bzw. ausgebaut werden. Außerdem müssen die Schulen gezielt angesprochen und von Stadt und Bezirksregierung über die finanziellen und personaltechnischen Voraussetzungen informiert werden. Dazu gehört auch, dass sie explizit aufgefördert werden, Seiteneinsteigerplätze zur Verfügung zu stellen.

Die Lehrer dieser Klassen sollen an einem umfangreichen Fortbildungsangebot teilnehmen können, das über vorhandene Fördertöpfe finanziert werden kann. Schließlich soll die städtische Dienststelle ausreichend Personal haben, um die Eltern der Flüchtlingskinder weiterhin innerhalb einer Woche beraten und vermitteln zu können.

Debatten über den Zuzug aus Rumänien und Bulgarien werden mit vorwiegend fremdenfeindlichen Ressentiments wie „Das Boot ist voll“ geführt. Die Flüchtlinge tauchen überwiegend als Kostenfaktoren im politischen Diskurs auf. Gerade deswegen ist es nun so wichtig, dass der Rat jetzt ein Zeichen setzt und das Recht der Kinder auf einen Schulplatz ohne weitere Verzögerungen gewährt.

Jörg Detjen

Alle für Kalle

Multiple Krisen, niedrige Zinsen und die fragwürdige Furcht vor Geldentwertung führen dazu, dass das Kapital in seinem unentwegten Streben nach Vermehrung immer skrupelloser den Immobilienmarkt aufmischt. Der hierbei geläufige Begriff „Betongold“ mag im Kontext von gewerblichen Objekten oder Bauvorhaben noch niedriglich wirken, im Zusammenhang mit Mietwohnungen kommt er einem Zynismus gleich. Sinnbildlich steht er für brutale Umwandlungsprozesse, die die in Jahrzehnten zusammengewachsene Bevölkerungsstruktur sukzessive zerstören. Die immer deutlicher zu Tage tretenden Folgen sind die Umwidmung in Eigentumswohnungen, Verteuerung, Mieteraustausch, Verdrängung und Gentrifizierung.

Im Kölner Agnesviertel sorgt jetzt der Fall von Kalle G. für Schlagzeilen. Dieser soll nach 30 Jahren sein Umfeld, sein Viertel und seine Wohnung verlieren, nachdem diese verkauft wurde. Eine mehr schlecht als recht als Eigenbedarf getarnte Immobilienspekulation bescherte ihm die Kündigung. Die miesen Machenschaften, die dazu führten, dass er akut vor der Räumung – also dem Nichts – steht, sind auf der Webseite www.zwangsräumung-verhindern.de umfangreich dokumentiert.

Am 22. November fanden sich am Platz vor der Agneskirche rund 50 Sympathisanten ein, um ihre Solidarität mit Kalle zu demonstrieren. Die Teilnehmer informierten die Anwohner über den Fall und empörten sich über die immer katastrophalere Situation von Mietern im zentralen Köln. Verschiedene Redner wiesen auf das nahezu völlige Versagen der Wohnungspolitik von Bund, Land und Stadt hin. Es wurde beklagt, dass Wohnen weder Grundrecht sei noch integrierter Bestandteil der Daseinsvorsorge, sondern Ware, und demnach dem freien Spiel der Märkte gnadenlos unterworfen. Mit all den unschönen Konsequenzen.

Die Initiative „Recht auf Stadt“ will Vertreibungen und Luxussanierung nicht mehr hinnehmen. Sie will die drohende Zwangsräumung durch eine massenhafte Blockade stoppen.

Am 13.12. nahmen über 50 Menschen an einer Informationsveranstaltung teil, darunter viele Nachbarn und Anwohnerinnen des Agnes-Viertels. Im Anschluss wurde ein Blockade-Training durchgeführt.

Gut gelaunt wurde gemeinsam getestet, wie man einer polizeilichen Räumung standhalten kann.

Die Teilnehmer, die sich teilweise aus der Initiative „Recht auf Stadt“ rekrutierten, mahnten aber auch staatliche Steuerungsinstrumente an, die in den vergangenen Jahren systematisch vernachlässigt wurden. So könnten die Deckelung von Mieten, das Absenken der Kappungsgrenze, der Ausbau des Kündigungsschutzes, Vorkaufrechte für Kommunen oder der Mieterschutz die untragbar gewordene Situation punktuell zumindest abmildern. Als Vertreter einer linken Erwerbsloseninitiative erläuterte der Sozialberater Manfred M. überdies die besonderen Schwierigkeiten von Erwerbslosen auf dem Kölner Wohnungsmarkt. Sein Redebeitrag ist im Internet dokumentiert:

www.youtube.com/watch?v=kUDPtO_e8_A

Kritisiert wurde vor allem die akute Schieflage auf dem Wohnungsmarkt: Der Niedergang des öffentlichen, kommunalen und sozialen Wohnungsbaus bei gleichzeitigem Boom im privaten Immobilien-Sektor. Einig waren sich die Protestierenden letztlich darin, dass sie die drohende gewaltsame Vertreibung von Kalle verhindern wollen. In Hamburg und Berlin konnten in den letzten Monaten verschiedene Zwangsräumungen nur durch den Einsatz mehrerer Hundertschaften Bereitschaftspolizei durchgeprügelt werden. Man wird sehen, ob Köln hier zu den Metropolen aufschließen wird, oder in der Lage ist, sozialverträgliche Lösungen zu finden.

„Betongold“ ist der Titel einer herausragenden Reportage von Kathrin Rothe, die auf der Duisburger Filmwoche vor zwei Wochen mit dem Dokumentarfilmpreis 2013 ausgezeichnet wurde. Die Geschichte einer kaltschnäuzigen Mietervertreibung in Berlin trägt den bezeichnenden Untertitel „Wie die Finanzkrise in mein Wohnzimmer kam.“ Sehenswert:

<http://www.youtube.com/watch?v=PDklvpbNzKE>

Michael Scheffer



Leben in Würde und Freiheit – Für ein solidarisches Miteinander: Rund 250 Menschen haben sich an der Demonstration vom Friesenplatz zum Neumarkt beteiligt.

Aus den Bezirken

■ Kalk

Grün statt Grau

Seit Ende 2008 beschäftigt sich DIE LINKE im Bezirk Kalk immer wieder mit dem Thema der Pflege der Geh- und Radwege. Ein reges Anfrage-Antwortspiel zwischen den LINKEN in der Bezirksvertretung und der Verwaltung und dem AWB hat nicht nur widersprüchliche Aussagen geliefert, sondern dazu geführt, dass ein Gehweg entfernt statt saniert wurde, und es Versprechen gibt, ganze Straßenzüge zu sanieren.

Leider brauchen AWB und Stadt regelmäßig einen Tritt vors Schienbein, um die Augen zu öffnen. So wachsen auf dem Fußweg in der Hohensyburgstraße in Köln-Merheim mittlerweile mehr als daumendicke Jungbäume zwischen den Belagfugen. „Im Rahmen einer Ortsbesichtigung durch Mitarbeiter der AWB am 12.9.2013 wurden keine Reinigungsmängel festgestellt“, teilte mir die Verwaltung am 28. November in einer Antwort auf meine Anfrage aus dem Juli mit. Ziemlich witzig ist auch, dass ich nach dem Abschnitt der Broichstraße zwischen Bahnübergang und Olpener Straße fragte, aber eine Antwort zur anderen Hälfte bekam. Vielleicht sollten Stadt und AWB zumindest einen Stadtplan oder Map-Programm zur Hilfe nehmen, wenn sie denn dann angeblich vor Ort sind.

HP Fischer



■ Rodenkirchen

Justizzentrum – Alternative Standorte

Mit einem gemeinsamen Antrag sprachen sich Grüne, SPD und DIE LINKE in der jüngsten Sitzung der Bezirksvertretung gegen ein in Bayenthal geplantes Justizzentrum und für die Suche nach alternativen Standorten aus.

So heißt es in dem Antrag: „Die Verwaltung wird gebeten, zeitnah mit dem Bau- und Liegenschaftsbetrieb des Landes Einvernehmen dergestalt herzustellen, dass ein den Festsetzungen und Planungen des ESIE-Konzeptes widersprechender Neubau des Justizzentrums auf dem Gelände der ehemaligen Dom-Brauerei an der Alteburger Straße nicht stattfindet.“

Das Justizzentrum ist nicht nur von der Politik dort nicht gewollt, sondern stößt auch in der Bevölkerung auf Ablehnung. Wichtiger als ein dortiges Justizzentrum sind bezahlbare Wohnungen und eine Gesamtschule. Seit einiger Zeit werden alternative Standorte für ein neues Justizzentrum diskutiert, was zu begrüßen ist. Wie die Suche nach alternativen Standorten ausgeht ist indes noch völlig offen. Immerhin. Der Antrag wurde einstimmig beschlossen.

Berthold Bronisz

■ Rodenkirchen

Sachliche Diskussion zum Flüchtlingsheim

„Errichtung von Wohnhäusern auf städtischen Grundstücken zur Unterbringung von Flüchtlingsfamilien“, so hieß eine Beschlussvorlage, über die in der jüngsten Sitzung der Bezirksvertretung Rodenkirchen zu entscheiden war.

Schon Tage vor der Sitzung wurden in Sürth Flugblätter mit dem Tenor der Ablehnung eines Wohnhauses zur Unterbringung von Flüchtlingsfamilien an die Haushalte verteilt.

Aus diesem Gesichtspunkt und mit der Erinnerung an die Veranstaltungen in Godorf Anfang des Jahres war zu erwarten, dass es vor und in der Sitzung zu Störungen kommen würde. Auch die Polizei war ob des möglicherweise zu erwartenden Andrangs von Demonstranten vor Ort. Tatsächlich waren etwa 50 Demonstranten vor dem Bezirksrathaus, um ihren Unmut Luft zu verschaffen. Weitere 47 Personen, die nicht alle zum Demonstrantenkreis gehörten, wurden per Einlasskarte in den Sitzungssaal eingelassen.

Die Beschlussvorlage war erster Tagesordnungspunkt. Es gab eine – zugegebenermaßen nicht erwartete – sachliche wie friedliche Diskussion zum Thema. Lediglich einige, wenige „nonverbale Ablehnungsbekundungen“ aus dem Publikum waren zu bemerken. Ansonsten war es eine Diskussion, wie man sie zu einem solchen Thema auch führen sollte. Vor dem Einstieg in die Diskussion führte die Verwaltung noch aus, wie wichtig, ernst und auch dringend die Beschlussvorlage ist. Insbesondere vor dem Hintergrund, dass der Stadt noch immer viel zu wenig Kapazitäten zur Verfügung stehen.

Der Vorschlag der Fraktion Die Grünen, dass es in dem Wohnhaus Gemeinschaftsräume für die Flüchtlinge und der Bevölkerung geben sollte, fand allgemeine Zustimmung und den Weg in die Beschlussvorlage. Einem solchen Vorschlag kann man auch nur zustimmen, denn dies wäre dann gelebte Integration in Form eines Miteinanders.

Als Fazit bleibt, dass man eine Diskussion zu einem solch emotionalen Thema auch sachlich, friedlich, vor allem aber auch ohne Vorurteile führen kann. Wünschenswert wäre es auch gewesen, wenn die Zustimmung zur Beschlussvorlage einstimmig gewesen wäre.

Berthold Bronisz

■ Stadtbezirke

Sonntagsöffnungen – traditionell oder lächerlich?

DIE LINKEN Bezirksvertreterinnen haben traditionell gegen die Verwaltungsvorlage zum Offenhalten von Verkaufsstellen in den Stadtteilen gestimmt. Das am 18.05.2013 in Kraft getretene Ladenöffnungsgesetz – LÖG NRW dient angeblich der Schaffung und Sicherung einer allgemeinen Ladenöffnungszeit für Verkaufsstellen sowie dem Schutz der Sonn- und Feiertagsruhe. Da dieses Gesetz leider nicht präzise genug die Ausnahmemöglichkeiten aus dem Schutz der Sonntagsruhe benennt, sondern nur relativ schwammig von „örtlichen Festen, Märkten, Messen oder ähnlichen Veranstaltungen“ spricht, ist nach Auffassung der LINKEN Aufgabe der Stadt Köln als Genehmigungsstelle, diese Präzisierung nachzuholen.

Die von den Interessengemeinschaften eingereichten Begründungen sind traditionell lächerlich oder mussten seitens der Verwaltung aus dem Vorjahr kopiert werden. Dass die vielen gelisteten örtlichen so genannten Weihnachtsmärkte, die teilweise nur aus 4 bis 5 Ständen bestehen, die geforderte überörtliche Bedeutung haben und auswärtigen Besucherstrom anlocken, darf ebenso bezweifelt werden, wie viele andere vorgebrachten Anlassbezüge. So scheinen die angeblichen Neujahrsfeste am 5. Januar in Porz-Lind / Wahn / Wahnheide / Urbach / Eil und das Winterfest in Poll so flexibel zu sein, dass sie kurzfristig von der Bezirksvertretung wieder von der Liste gestrichen wurden, aber sicherlich im Laufe des Jahres als irgendein Jahrestagsfest wieder auftauchen werden, da sie austauschbar sind.

DIE LINKE wird im Rat nicht nur traditionell gegen die Verwaltungsvorlage stimmen, sondern beantragt, schnellstmöglich und in Zusammenarbeit mit den verschiedenen Akteuren wie IHK, Kirchen, Handwerkskammer, Einzelhandelsverband und Gewerkschaften ein Konzept für die Sonntagsöffnungen zu entwickeln. Darin sollen nicht nur Abläufe und Beteiligungsverfahren, sondern auch Anforderungen entwickelt werden. Außerdem soll eine ordnungsgemäße Kontrolle stattfinden.

Damit nimmt DIE LINKE Kritik aus den Gewerkschaften und den Kirchen auf, die sich gegen die Verwaltungsvorlage ausgesprochen haben.

HP Fischer

Aus den Ausschüssen

■ Jugendhilfe

Haasenburg-Heime endlich geschlossen

Acht Jahre hat es seit den ersten Alarmsignalen gedauert: Jetzt endlich entschieden die Brandenburgische Bildungsministerin, dass die drei geschlossenen Heime der „Therapeutischen Kinder-, Jugend- und Elternzentrum Haasenburg GmbH“ den Betrieb einstellen müssen. In Neuendorf, Jessern und Münchenberg gab es insgesamt 114 Plätze. Nach einem Selbstmord im Jahr 2005 und einem tödlichen Unfall in 2008 wurden immer wieder vereinzelt Skandalmeldungen über die rüden Praktiken der dortigen Heimunterbringung bekannt. Ab Frühjahr 2013 spitzte sich die Situation zu, nachdem die taz in mehreren Berichten eine Fülle von Details über die unhaltbare Praxis der „intensivpädagogischen Betreuung“ in den Haasenburg-Heimen bekannt machte.

Auf eine Nachfrage der LINKEN musste die Kölner Jugendverwaltung einräumen, dass auch zwei Jugendliche aus Köln in den Haasenburg-Heimen untergebracht seien. Später hieß es dann, dass keine kooperativen Beziehungen mit der Haasenburg GmbH bestünden, dass es aber „Kontakte im Zusammenhang mit der Unterbringung von Jugendlichen in dieser Einrichtung“ gegeben habe.

Explizit heißt es aber jetzt endlich seitens der Jugendverwaltung, dass sie „geschlossene freiheitsentziehende Einrichtungen, wie sie vom Kinder-, Jugend- und Elternzentrum Haasenburg betrieben werden, ablehnt“. Stattdessen wird nun das „Rheinische Modell“ praktiziert, das „ausschließlich eine fakultative geschlossene Unterbringung vorsieht“. In diesem Zusammenhang wird mit dem Martin-Luther-Haus und dem Axenfeldhaus in Porz kooperiert. Ein für die letzte Sitzung des Jugendhilfeausschusses zugesagter Bericht über diese Kooperation wurde aber noch nicht erstattet. Es wird aufmerksam zu beobachten sein, ob und wie weit sich diese rheinische fakultative geschlossene Unterbringung von der Haasenburgpraxis unterscheidet.

Oswald Pannes

Allgem. Verwaltung und Rechtsfragen

Überwachungsskandal – auch Köln in der Pflicht!

Seit Monaten werden immer neue Details darüber bekannt, mit welchen Mitteln und in welchem Umfang die Geheimdienste der USA und Großbritanniens weltweit Internet und Mailverkehr überwachen. Ihr Ziel ist, einen ständigen Überblick über alle

Kontakte und Kommunikationen zu haben. Aus Einzelinformationen, die für sich wenig bedeutsam und nicht sensibel erscheinen mögen, kann so ein weitreichendes Profil einer Person und ihres sozialen Umfeldes erstellt werden.

Die Bundesregierung hat bislang wenig Interesse gezeigt, die Einwohner vor dieser Überwachung zu schützen. Es scheint eher ihr Bestreben zu sein, die weitreichenden technischen Fähigkeiten von NSA und GCHQ auch für die deutschen Geheimdienste zu erwerben.

In diesem Zusammenhang hat DIE LINKE Anfang August die Stadtverwaltung und die stadteigene NetCologne befragt, mit welchen Methoden sie Daten und Kommunikation schützen. Es ging uns dabei um drei Bereiche: Erstens um die sensiblen personenbezogenen Daten von Einwohnern, über die die Stadt verfügt, zweitens um den Schutz der städtischen Mitarbeiter vor Überwachung ihrer Tätigkeiten im Internet und drittens um den Schutz der Nutzer städtischer und stadtnaher Online-Angebote vor Überwachung.

Gerade der dritte Punkt war in unserer Anfrage von besonderem Interesse, denn das Aufrufen von Webseiten und das Senden und Empfangen von Mails sind der Bereich, der durch PRISM, Tempora und XKeyscore überwacht wird. Daher soll die Stadt Köln gerade in diesem Bereich alle technischen Mittel ausschöpfen, um diese Kommunikationen bestmöglich zu verschlüsseln. An die sehr ausführliche Beantwortung zur Dezembersitzung des Ausschusses Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen werden wir Anfang des kommenden Jahres anknüpfen. Anfrage und Antwort können hier gelesen werden:



Wilfried Kossen

■ Umwelt

Trinkwasserstellen an Toilettenhäuschen

Bereits seit dem Jahr 2003 wird die Öffentlichkeit zum Thema „Verhalten bei anhaltender Sommerhitze“ im Rahmen der Gesundheitsaufklärung und Prävention informiert. „Wichtig ist, ausreichend zu trinken und bewusst und angemessen zu essen“, steht beispielsweise auf der Homepage der Stadt Köln. Auch im „Leitfaden Sommerhitze“ des Gesundheitsamtes ist mehrfach von „regelmäßig und ausreichend zu trinken“ zu lesen.

Bei den am 9. Oktober 2013 vorgestellten Strategien zur Anpassung an den Klimawandel im Rahmen des Projektes: „Kli-

mawandelgerechte Metropole Köln“ findet man als Maßnahme und Handlungsempfehlung im Bereich Gesundheit das Aufstellen von Trinkwasserbrunnen/Trinkwasserspendern. Selbst in den Vorschlägen zum Klimaschutzplan NRW findet man die „Einrichtung öffentlicher Trinkwasserstellen“.

Laut Umweltökonom Michael Hübler ist besonders in urbanen Gebieten mit einer dramatischen Zunahme hitzestressbedingter Mortalität zu rechnen, von der vor allem ältere Menschen und Patienten mit bestimmten Erkrankungen (z. B. Herz-Kreislauf- und Atemwegserkrankungen) betroffen sein werden.

Die Verwaltung teilte auf Anfrage der LINKEN bereits mit: „Durch die Errichtung weiterer Anlagen im öffentlichen Straßenland würde der gesetzlich vorgesehene Gemeindegebrauch der Straße zusätzlich zu den bereits vorhandenen zahlreichen Einbauten weiter eingeschränkt. Ein zentrales Thema im Bereich des Stadtraummanagements ist zurzeit die „Entrümpelung“ und die weitgehende Barrierefreiheit des öffentlichen Raumes. Dazu gehört es, den Straßenraum von sämtlichem Mobiliar, das eine Stolperfalle darstellen könnte, zu befreien. Vor diesem Hintergrund ist die Installation von zusätzlichen Elementen im Straßenraum nicht zu befürworten.“

Auch wenn eine Trinkwasserentnahme in Sanitäreinrichtungen vom Gesundheitsamt der Stadt Köln unter hygienischen Aspekten kritisch gesehen wird und eine diesbezügliche Empfehlung nicht erteilt werden wird, bleibt DIE LINKE bei der Idee, diese Chance zu ergreifen, allen Anforderungen gerecht zu werden und nicht erst teure Toiletten zu errichten, um dann festzustellen, dass dort bereits ein Frischwasseranschluss vorhanden ist. Immerhin bestätigt uns das Gesundheitsamt auch, dass die Bereitstellung öffentlicher Trinkwasserspender oder Trinkbrunnen sinnvoll wäre, wenn die kontaminationsfreien Wasserabgabe, wie sie aus dem Ausland bekannt ist und eine regelmäßige kontinuierliche, hygienische und technische Wartung der Trinkwasserspender sicher gestellt wäre.

HP Fischer

■ Kunst und Kultur

Eklat bei Kostensteigerung der Archäologischen Zone

Die Bombe platzte am 25.11.2013 im Unterausschuss Museumsbauten. Für die Ausgrabungen am Rathausplatz waren 2,31 Mio. Euro bereitgestellt worden, nach Prüfung durch den Grabungsleiter Dr. Trier wurden aber bereits 7,29 Mio. Euro ausgegeben. Der einseitigen Vorlage der Verwaltung war zu entnehmen, dass der Vorgang bereits vor der Sommerpause bekannt geworden sein muss. Der zuständige Ausschuss erhielt darüber keine Kenntnis!

Die Vorlage vermischt dann geschickt

Abläufe. Es wird erläutert, dass es auch zu Kostensteigerungen durch eine aktualisierte Kostenberechnung des für die Baumaßnahme beauftragten Büros Wandel, Hoefler & Lorch gekommen ist. Der Ausschuss erhielt auch hierüber keine Kenntnis.

Um die Kostensteigerung in den Griff zu bekommen, führte der Architekt, der kommissarische Projektleiter, die Gebäudewirtschaft und die externe Projektsteuerung mit dem LVR zusammen einen Kostenworkshop durch. Dabei konnten 6 Mio. Euro als Einsparpotenzial, insbesondere durch die Verkleinerung des Grabungsfelds, erzielt werden. Über weitere Ergebnisse des Kostenworkshops erhielt der Fachausschuss keine Informationen. Der Presse konnten die Ausschussmitglieder entnehmen, dass am 19.11.2013 der Oberbürgermeister schriftlich informiert wurde.

Nun ist das Rechnungsprüfungsamt beauftragt zu klären, wie es zu der Kostensteigerung gekommen ist. Die Verwaltung war nach einer sehr emotionsgeladenen Aussprache zu diesen Vorgängen nicht bereit weitere Erläuterungen abzugeben. Am 26.11.2013 fand dann der Ausschuss Kunst und Kultur statt. Hier wurden die Mitglieder mit der gleichen Vorlage, die man schon aus der Presseerklärung des Oberbürgermeisters kannte, über den Sachverhalt informiert. Auf unsere Nachfrage, welche Kostensteigerungen denn nun überprüft werden, zog sich die Verwaltung auf ihre eigene Mitteilung zurück, es würde alles geprüft.

Der Unmut über die Hinhaltenaktik war bei allen Fraktionen groß. Nun warten wir gespannt auf den großen Moment, wenn



Ausgrabungen der Archäologischen Zone im März 2013
Foto: © Raimond Spekking / Wikipedia

die Ergebnisse der überprüften Überprüfung in der Zeitung zu lesen sein werden, und dann erst wieder der Ausschuss informiert wird. So kann man nicht mit einem Fachausschuss, der ja auch Kontrollgremium der Verwaltung sein soll, umgehen.

Gisela Stahlhofen

01.12.2013 = Welt-Aids-Tag
Durch die wirksame und zielgruppenspezifische Präventionsarbeit sind die Zahlen von Neuinfektionen in Köln in den letzten Jahren stabil geblieben. Weltweit infiziert sich jedoch jede Minute ein Mensch. Am 1. Advent kamen wieder viele Unterstützer und Unterstützerinnen zusammen, um für die Aidshilfe Köln Spenden zu sammeln. Unser Kölner Bundestagsabgeordneter Matthias W.



Birkwald und die Fraktionssprecherin Gisela Stahlhofen waren aktiv mit der Sammelbüchse auf der Schildergasse dabei.

Unerwünschte Post vom Jobcenter

Eine Glosse nach einer wahren Begebenheit

Wer ohne Arbeit ist, bekommt viel Post von Behörden und Ämtern. Meistens sind diese Schreiben unangenehm: Es sind Termine für Kontrollgespräche oder Aufforderungen, Unterlagen nachzureichen, die jedoch schon lange vorliegen. Das alles ist dann oft mit der Drohung verbunden, dass einem das ohnehin geringe Arbeitslosengeld 2 auch noch gekürzt wird, sollte man denn eine Frist versäumen. Höchst selten kommt dann mal ein seriöses Stellenangebot oder gar etwas Erfreuliches vom Amt.

Doch vor einigen Tagen kam ganz andere Post: Eine Teilnahmeberechtigung zu einem Gewinnspiel. Tolle Preise winkten: ein Smart-Phone, ein Tablet PC und ähnliche technische Spielereien, die sich Arbeitslose ohnehin nicht leisten können. Der Haken an dem Gewinnspiel war aber, dass man zuvor einen Fragebogen des Verkehrsverbundes Rhein-Sieg (VRS) ausfüllen musste. Ganz unverblümt stand in dem Anschreiben, dass die Adresse durch das örtliche Jobcenter weitergegeben wurde. „Heissa“, dachte ich mir, „da hat sich aber einer mal Gedanken gemacht“.

Offenbar, so schien es mir zunächst, zerbrach sich jemand in einem der beteiligten Ämter den Kopf darüber, wie denn Arbeitslose in den Genuss dieser technischen Errungenschaften kommen können ohne dafür Geld auszugeben. Ganz nebenbei konnte man dann mit dem Ausfüllen des Fragebogens und des Gewinncoupons herrlich seine viele Zeit mit der Vorfriede auf einen möglichen Gewinn verbringen. Was für ein Service!

Doch auf den zweiten Blick ergab sich ein ganz anderes Bild: Natürlich sei die Umfrage anonym, wurde im Anschreiben versichert. Deswegen hatte wohl der VRS auch ganz anonym meine Adresse erhalten, ohne dass ich jemals meine Zustimmung gegeben hatte. Ganz anonym sollte dann in einem vierseitigen Fragebogen detailliert über die Nutzung von Bus und Bahn Auskunft gegeben werden. Dabei fragte der VRS nach den genauen Fahrtstrecken und -zeiten, Linien und Haltestellen. So konnte – natürlich ganz anonym – ein Bewegungsprofil erstellt werden. Und damit das ganze auch anonym bleiben sollte, brauchte man nur, wenn man

denn das Smartphone gewinnen wollte, den Gewinncoupon mit seiner vollen Adresse in denselben Umschlag zu stecken wie den anonymen Fragebogen.

Somit könnten der VRS und das Jobcenter feststellen, was die Arbeitslosen denn den lieben langen Tag so treiben. Möglicherweise kann das Jobcenter dann mit dem gewonnenen Smartphone auch noch überprüfen, ob die Angaben im Fragebogen auch wirklich stimmen. Natürlich wüsste das Jobcenter ganz nebenbei, dass die Gewinner auch noch einen materiellen Zugewinn in Form einer Sachleistung erhalten haben und könnten den Kreis der Glücklichen auch noch zusätzlich damit erfreuen, dass ihnen das Arbeitslosengeld entsprechend gekürzt wird, bis das Smartphone abbezahlt ist. Viele Arbeitslose, die an dem Gewinnspiel teilnehmen, merken wohlmöglich gar nicht, wie ihnen mit diesen vermeintlichen Losglück noch weitere von den wenigen Rechten genommen werden, die sie noch haben. Es ist doch erstaunlich, auf welche Ideen die Mitarbeiter des Jobcenters kommen. Mir wäre es jedenfalls lieber, ich würde mit Tatkraft bei der Arbeitssuche unterstützt. Ich möchte jedenfalls in Zukunft von Gewinnspielen, die das Jobcenter unterstützt, verschont bleiben. *Frank Schwalme*

Forderung nach Klinikschließungen unverantwortlich!

Die Äußerungen des SPD-Gesundheitspolitikers Karl Lauterbach, der Anfang November die Schließung von Kliniken insbesondere in Städten gefordert hatte, sind beim Kölner Bundestagsabgeordneten Matthias W. Birkwald und in der Stadtratsfraktion der LINKEN auf heftigen Widerstand gestoßen. Lauterbach sprach in der Presse von „Übersorgung“ und unterstellte, dass die Schließung von Krankenhäusern „die Versorgung sicher nicht verschlechtern“ würde.

Wenn kommunale Krankenhäuser Verluste machen, sagt das nichts über die Qualität der Behandlung aus. Die Versorgung von pflegeintensiven Krankheiten wie in der Kinderheilkunde wird viel schlechter vergütet als High-Tech-Medizin.

Matthias W. Birkwald, Kölner Bundestagsabgeordneter der LINKEN kommentiert: „Wenn so die Gesundheitspolitik der künftigen Bundesregierung aussieht, sind das düstere Aussichten für kommunale Krankenhäuser und Kranke, die auf eine intensive Pflege angewiesen sind. Das System der Fallpauschalen setzt falsche Anreize. Unsere Krankenhäuser müssen immer mehr Operationen durchführen, um profitabel zu sein. DIE LINKE dagegen hält eine bedarfsgerechte Personalausstattung für eine menschliche Pflege für wichtiger.“

In Köln schreiben die drei kommunalen Krankenhäuser in Merheim, Holweide und das Kinderkrankenhaus in Riehl rote Zahlen. Nach einem Defizit von 11,5 Mio. Euro in 2012 erwartet der kaufmännische Geschäftsführer Lovenfosse-Gehrt auch für 2013 einen Verlust.

Der Kölner Fraktionsvorsitzende Jörg Detjen: „Die kommunalen Krankenhäuser befinden sich in einer schwierigen Situation. Das größte Loch ins Budget hat der notwendige Klinikneubau in Merheim gerissen. Auch für die längst überfälligen Tarifsteigerungen oder höhere Energiekosten können die Krankenhäuser nicht verantwortlich gemacht werden. Die Drohung mit Schließung ist unverantwortlich.“

Jörg Detjen weiter: „Die Debatten um Verluste und Effizienz zwingen die Kliniken zu fragwürdigen Entscheidungen. So wurden in Köln die Reinigungsdienste privatisiert. Für eine strikte Hygienekontrolle auch im Hinblick auf multiresistente Keime ist das ein Irrweg.“



Foto: Rainer Sturm / Pixelio

Keine Privatisierungen bei den städtischen Kliniken!

In den drei städtischen Kliniken in Merheim und Holweide und der Kinderklinik Amsterdamer Strasse sollen nun die Küchen- und Reinigungsdienstleistungen privatisiert werden, die jetzt noch von Klinikmitarbeitern erledigt werden. DIE LINKE hat beantragt, die Ausschreibung zurückzuziehen. Weil die Kliniken aber ein rechtlich selbstständiges Unternehmen sind, geht das nur über einen Umweg: Die Ratsmitglieder im Aufsichtsrat sollen verpflichtet werden, der Klinikverwaltung aufzutragen, die Ausschreibung zurückzuziehen.

Als Begründung für die Ausschreibung werden seitens des Kaufmännischen Geschäftsführers der Kliniken, Lovenfosse-Gehrt, Ansprüche von Patienten an Hygiene und Qualität der Küche angeführt (KStA vom 5.8.2013). Tatsächlich geht es bei Privatisierungen nicht um Qualität, sondern um die – meist nur kurzfristige – Senkung der Kosten. Die Erfahrungen der letzten Jahre und Jahrzehnte haben schon gezeigt, dass private Anbieter es nicht besser können. Die Standards zuvor öffentlicher Dienstleistungen sind nach der Ausgliederung vielfach niedriger und für die öffentlichen Auftraggeber sogar teurer.

Zudem führen solche Ausgliederungen meistens zu einer Absenkung der Einkommen der Beschäftigten. Wenn ein privater Anbieter eine Dienstleistung übernimmt, dann will er diese Dienstleistung nicht nur kostendeckend anbieten, sondern damit einen Profit erzielen, muss also – stärker als die öffentliche Einrichtung selbst – seine Kosten senken oder die Einnahmen erhöhen.

Das geht nur über die nominelle oder faktische Senkung von Personalkosten (z. B. durch Leistungsverdichtung), durch die

Absenkung von Qualitätsstandards oder indem er höhere Einnahmen (z. B. durch die Erhöhung von Preisen) durchsetzt.

In den letzten Monaten war der Fall der Firma Klüh Clinic Service GmbH häufiger in der Kölner Presse erwähnt. Diese Firma reinigt seit 2009 Stationen und Flure der städtischen Kliniken. Die Firma hat im September 2013 die Zeit reduziert, in der eine bestimmte Fläche in den Kliniken gereinigt werden muss. Eine Station muss jetzt in zwei Stunden und 45 Minuten geputzt werden, vorher waren es drei Stunden und 25 Minuten.

In dieser Zeit ist die Reinigung nicht zu schaffen. Um die Arbeit zu erledigen, müssen die Beschäftigten häufig länger arbeiten – unbezahlt. Somit hat Klüh die Löhne auf kaltem Wege gekürzt.

Hintergrund ist, dass der von der IG BAU ausgehandelte Tarifvertrag im Reinigungsgewerbe allgemeinverbindlich ist und per Gesetz von Klüh einzuhalten ist. Die Tarifsteigerung vom Januar 2013 führte zu einer Reduzierung der Profite von Klüh. Diesen Verlust will die Firma mit dem Trick der Stundenkürzung zu Lasten der Beschäftigten ausgleichen.

Die zeitweilig hohen Verluste der Kliniken der Stadt Köln gGmbH sind nicht durch eine „zu teure“ Reinigung oder übertrieben hohe Personalkosten entstanden. Sie sind das Ergebnis einer strukturellen Unterfinanzierung der Krankenhäuser, verbunden mit sehr hohen Kosten für einen umfangreichen Neubau, den die Kliniken aus eigener Kraft stemmen mussten. Dies darf nicht auf dem Rücken der Beschäftigten und der Patienten ausgetragen werden.

Claus Ludwig,
Uschi Röhrig

Gesamtschulentwicklung in Köln – zäh und unambitioniert

Es wird wohl tatsächlich demnächst in Köln mehr Gesamtschulen geben – allerdings nur in homöopathischen Dosen: 2014 zwei zusätzliche Klassen und 2015 zwei weitere, also jeweils etwa 56 neue Plätze. Dann werden immer noch mehr als 600 Kinder jährlich an Gesamtschulen abgewiesen. Dies ist das magere Ergebnis der großen Initiative für längeres gemeinsames Lernen, die die Kölner Schulverwaltung mit dem Integrierten Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplan Köln 2011 angekündigt hat. Damals war noch die Rede von neun möglichen Gesamtschulprojekten.

Auf politisch fragwürdigen, aufwändigen und vor allem erfolglosen Umwegen über Gemeinschaftsschulen und umfassende Sekundarschulplanungen gelangte die Verwaltung in diesem Jahr endlich zu der Schlussfolgerung, dass mehr längeres gemeinsames Lernen in Köln tatsächlich nur mit mehr Gesamtschulen zu haben ist. Diese Feststellung wird von der LINKEN – mit der Perspektivforderung „eine inklusive Schule für alle“ – seit Jahren mit Nachdruck vertreten.

Nun also endlich die ersten zögerlichen Schritte. Dabei entstehen aber nicht etwa in unterversorgten Vierteln neue eigenständige Gesamtschulen. Vielmehr werden vier bestehende Schulen an zwei Standorten als jeweils eine Gesamtschule zusammenarbeiten. Dies ist in Mülheim durch die Zusammenlegung der beiden bisherigen Gemeinschaftsschulen und in der Innenstadt durch Umwandlung von zwei Realschulen der Fall. In Dellbrück wird das bestehende Schulzentrum als Dependance der Gesamtschule Höhenhaus – ohne gymnasiale Oberstufe! – weitergeführt. In allen Fällen handelt es sich um extrem umständliche, hochgradig störungsanfällige und für die Schülerschaft wie für die Lehrkräfte strapaziöse Lösungen.

Es mag sein, dass Dependancekooperationen in einzelnen Fällen der kurzfristig einzig mögliche Schritt zur Gesamtschule sind. Dies gilt etwa für die Gesamtschulprojekte Mülheim und Innenstadt. Für Dellbrück wäre aber in jeder Hinsicht eine eigenständige Gesamtschule geboten und erheblich praktikabler. So aber wird es in Dellbrück nach wie vor nicht die Möglichkeit geben, das Abitur zu erwerben. Die jetzt gewählte Dependancelösung mit der Gesamtschule Höhenhaus kann nur als Stückwerk bezeichnet werden – und selbst das gibt es erst ab Schuljahr 2015/16!

Eine weitere eigenständige Gesamt-

schule wäre im Bereich Kalk/Deutz dringend geboten. Die im benachbarten Höhenberg gelegene Katharina-Henoth-Gesamtschule muss seit Langem jährlich die Hälfte der angemeldeten Kinder aus ihrem eigenen Umfeld abweisen. Sie kann also auch mit der jetzt erwogenen, möglicherweise in der Nürnberger Straße entstehenden Dependance auf keinen Fall den riesi-

kennt auch die Kölner Schulverwaltung in ihrem oben erwähnten Integrierten Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplan ausdrücklich an. Nicht so Jochen Ott, der zwar wehevoll von gemeinsamem Lernen als seiner „Herzensangelegenheit“ spricht, de facto aber ohne sachlich argumentative Begründung eine obstruktive Gesamtschulpolitik betreibt.

Bleiben noch drei weitere Kölner Gesamtschulprojekte, die ebenfalls recht schräg laufen: Zum einen kommt die Inklusive Universitätschule Köln, die auf dem Ehrenfelder Heliosgelände entstehen soll, nur zögerlich voran. Da stehen sowohl die exorbitanten Preisvorstellungen des Grundstückseigentümers Bauwens-Adenauer als auch die bürokratischen Hürden der Kölner Bauverwaltung im Wege.

Zum zweiten treibt die Stadt Köln unverdrossen die Planung und die baldigen Baumaßnahmen der Bildungslandschaft Altstadt Nord voran. Sie wird für eine Baukostensumme von über bislang geplanten 75 Mio. Euro den beteiligten Bildungseinrichtungen lediglich einige gemeinsam nutzbare Räumlichkeiten bieten, während es bei der strikten Trennung der Schulformen bleibt. Gemeinsames Lernen nach Klasse 4 wird dort also nicht vorkommen.

Und schließlich läuft zurzeit eine mindestens 45 Mio. Euro teure Neubaumaßnahme in Longerich, mit der die Gesamtschule Nippes in den fernen Stadtteil, und damit in direkt konkurrierende Nähe zur Gesamtschule

Chorweiler verlagert wird.

Zusammenfassend kann der Gesamtschulentwicklungskurs der Kölner Verwaltung nur als zäh und unambitioniert bewertet werden – vor allem angesichts vieler zugleich laufender Baumaßnahmen zur Erweiterung und Optimierung der Kölner Gymnasialkapazitäten. Dort aber gab und gibt es keinen Platzmangel, wird also über den Bedarf hinaus gebaut. Hier werden eindeutig falsche Prioritäten gesetzt! Statt mehr Kindern die Chance auf längeres gemeinsames Lernen zu geben, wird das selektive gegliederte Schulwesen mit seiner ungerechten Verteilung von Bildungschancen weiter ausgebaut. Die Zahl der Gesamtschulabweisungen in Köln wird so auch in den kommenden Jahren nicht unter jeweils 600 sinken.

Oswald Pannes

leicht redigierter Vorabdruck eines Beitrags der Initiative: Mehr Gesamtschulen in Köln (i:mgik) im „Forum“ der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft in Köln

Eine Schule für alle Bessere Bildungschancen für unsere Kinder



gen Gesamtschulplatzbedarf von Kalk und Deutz decken.

Für diesen Bereich hält die Schulverwaltung offenbar überhaupt keine Gesamtschule für erforderlich. Dahinter steht vor allem der SPD-Mann Jochen Ott. Der war immerhin vormals Lehrer an der Gesamtschule in Brühl. Er müsste also wissen, worum es geht. In einem Artikel, den er mit der SPD-Landtagsabgeordneten Gabriele Hammelrath im Forum der Kölner GEW veröffentlichte, führt er eine höchst fragwürdige Begründung für die Ablehnung einer Kalker Gesamtschule an: Es würde sich dabei, so meinen die beiden, lediglich um eine „verkappte Hauptschule“ handeln. Vermutlich meinen sie dies mit Blick auf den hohen Kalker Anteil von Kindern mit Migrationshintergrund, denen sie offenbar pauschal die Lernfähigkeit absprechen.

Dabei müsste Ott wissen, dass sich Gesamtschulen durch enorme Lernzuwächse auszeichnen. Dort haben auch die Kinder eine gute Chance, die im gegliederten Schulsystem wegselektiert werden. Das er-

Platzjabbeck

Bitte kostenlos schicken

Ja, ich möchte regelmäßig Informationen über die Arbeit der Fraktion DIE LINKE. Köln im Rat der Stadt Köln erhalten. Bitte schicken Sie den „Platzjabbeck“ kostenlos und unverbindlich an folgende Adresse:

.....
Name, Vorname

.....
Straße, Postleitzahl, Ort

DIE LINKE., Fraktion im Rat der Stadt Köln
Gülichplatz 1-3, Postfach 103 564, 50475 Köln
Tel. 221-278 40, Fax 221-278 41
E-Mail: Dielinke@stadt-koeln.de

V.i.S.d.P. Jörg Detjen

LINKE Fraktionen in Köln und dem LVR erhalten Preis „Kommune 2020“

Die Fraktionen der LINKEN im Kölner Stadtrat und in der Landschaftsversammlung Rheinland haben am 2. November 2013 im Rahmen des Kommunalpreises den Sonderpreis der Jury für ihr Projekt „Aufsuchende Beratung für die NSU-Opfer der Keupstrasse“ erhalten.

Die Auszeichnung „Kommune 2020“ wurde in diesem Jahr erstmalig von der Partei DIE LINKE verliehen. Mit ihr wurden Projekte und Initiativen ausgezeichnet, die „die Entwicklung eines demokratischen, ökologischen und sozial gerechten Gemeinwesens voranbringen“. Davon erhofft sich DIE LINKE, dass Bürger und Politiker zu demokratischer Beteiligung und sozialem wie ökologischem Einsatz vor Ort ermutigt werden.

Die Idee zu dem Projekt einer aufsuchenden Beratung entstand auf einer Veranstaltung mit Betroffenen in der Keupstrasse. Die beiden anwesenden Ratsmitglieder Jörg Detjen (DIE LINKE) und Walter Schulz (SPD) griffen die Idee auf und brachten sie in die Diskussion der Stadtgesellschaft ein. Von vielen weiteren Akteuren wie dem Kölner Oberbürgermeister Jürgen Roters und die Landschaftsdirektorin Rheinland Ulrike Lubek und dem evangelischen Stadtsuperintendenten Rolf Doming wurde das Projekt unterstützt.

Ulrike Detjen, Fraktionsvorsitzende der LINKEN in der Landschaftsversammlung Rheinland, thematisierte die Opferentschädigungspraxis in einer Anfrage. Die Antwort machte klar, dass eine Beratung nötig ist, die der Retraumatisierung der Opfer durch die falschen Anschuldigungen der Behörden Rechnung trug. Dieses Angebot wird nun von der Diakonie durchgeführt.

In der Begründung der Preisvergabe der Jury durch Matthias Höhn, Bundesgeschäftsführer der Partei DIE LINKE, hieß es: „Gerade in Zeiten, in denen die kritische Aufmerksamkeit für die Taten, Hintergründe und Helfer der neonazistischen Mörder-

bande NSU abzunehmen droht, und angesichts der immer noch unzureichenden Achtung, welche die Opfer und Hinterbliebenen erfahren, möchte die Jury die Initiative der LINKEN im Kölner Rat und in der Landschaftsversammlung Rheinland besonders würdigen.

Umso höher ist das Engagement von Menschen einzuschätzen, die weiterhin auf umfassende Aufklärung drängen, die sich mit den politischen Reaktionen auf die neozistische Mordserie nicht zufrieden geben, und die sich um jene kümmern, die lange Zeit mit einer doppelten Erniedrigung leben mussten: Opfer der Neonazis zu sein, von den Behörden aber nicht als solche anerkannt, sondern stattdessen selbst verdächtig zu werden.“



Ulrike Detjen, Gregor Gysi, Jörg Detjen und Matthias Höhn auf der Preisverleihung

Hilfe, die wirklich ankommt

Sonne, Palmen, 30 Grad? Die Realität im kleinen afrikanischen Küstenstaat Guinea sieht leider deutlich lebensfeindlicher aus. Jedes siebte Baby stirbt während der Geburt – und jede fünfte Frau. Statistisch kommt ein Arzt auf 7.000 Menschen – in Deutschland sind es zum Vergleich 26 Mediziner. An dieser bitteren Realität wollen die ehrenamtlichen Helfer der Kölner Hilfsinitiative „Hilfe für Guinea e.V.“ etwas ändern. Seit Jahren kümmern sie sich engagiert in ihren überschaubaren und gerade deshalb so erfolgreichen Projekten um die Benachteiligten vor Ort: Kinder, Behinderte, Kranke, Frauen und alte Menschen. Jedes neue Vereinsmitglied und jeder (selbstverständlich steuerlich absetzbare) Spenden-Euro sind gern gesehen.



Mehr unter: www.hilfe-fuer-Guinea.de oder Tel: 0221-8016875

Bankverbindung: Hilfe für Guinea e.V. · BBBank Köln ·
BIC GENODE613B · IBAN DE 50660908000001881817



Wir drucken auf Recycling-Papier mit einem RISO-Printer mit umweltfreundlicher Farbe auf Soja-Öl-Basis. Die RISO-Printer entwickeln beim Druckprozess keine Wärme und stoßen kein Ozon aus. Sie verbrauchen bis zu 95% weniger Energie als leistungsgleiche, tonerbasierte Systeme. RISO-Printer werden nach der WEEE-Richtlinie produziert und tragen das Gütezeichen Energy Star, das besonders Energie sparende Bürosysteme auszeichnet.